

EU-VERHANDLUNGSPPOSITION FÜR EIN KLIMASCHUTZÜBEREINKOMMEN IN KOPENHAGEN

HINTERGRUND

23.04.2009 ☺

Seit Beginn der Industrialisierung ist die globale Durchschnittstemperatur um 0,74 Grad gestiegen. Forscher warnen, dass der Klimawandel bei einer Erwärmung um zwei Grad ein gefährliches, irreversibles Maß erreicht. 1997 haben sich die Industrieländer deshalb im Kyoto-Protokoll dazu verpflichtet, ihre Treibhausgase bis 2012

um 5,2 % gegenüber 1990 zu reduzieren. Die USA ratifizierten das Abkommen jedoch nicht. 2007 beschlossen die Staaten auf der UN-Klimakonferenz auf Bali, sich 2009 in Kopenhagen auf ein leistungsfähigeres Abkommen zu einigen, welches das Kyoto-Protokoll nach 2012 ablöst.

AKTUELLER STAND

Am 28.01.2009 hat die EU-Kommission einen Vorschlag für die europäische Position zu einem neuen Klimaabkommen gemacht:

- Industrieländer sollen ihre Treibhausgase bis 2020 um 30 % gegenüber 1990 senken. Entwicklungsländer sollen den Anstieg ihrer Emissionen um 15 bis 30 % verlangsamen.
- Die Finanzierung von Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel erfordert weltweit zusätzliche Investitionen von 175 Mrd. €/Jahr, davon etwa die Hälfte in Entwicklungsländern.

- Industrieländer sollen Entwicklungsländer finanziell unterstützen. Die EU soll innovative Finanzierungsquellen erschließen, die sich auf das Verursacherprinzip und die Zahlungskraft oder die Versteigerung von Emissionsrechten stützen.
- Bis 2015 sollen alle OECD-Staaten am Emissionshandel teilnehmen. Andere große Emittenten wie China treten bis 2020 bei.
- CO₂-Emissionen aus Flug- und Schifffverkehr sollen bis 2020 unter das Niveau von 2005, bis 2050 unter das von 1980 sinken.

PROZESS & DOKUMENTE

28.01.2009

Die EU-Kommission legt einen Entwurf für ein umfassendes Klimaschutzübereinkommen als Ziel für Kopenhagen vor.

24.02.2009

Delegierte der Umwelt- und Finanzminister debattieren in Prag die Schlussfolgerungen für den Frühjahrsgipfel der Regierungschefs.

02.03.2009

Umweltminister diskutieren die EU-Position und bereiten die Schlussfolgerungen für den EU-Frühjahrsgipfel vor.

10.03.2009

Finanzminister verhandeln die Finanzierung des Klimaabkommens.

19. – 20.03.2009

Frühjahrsgipfel der EU-Staats- und Regierungschefs, unter anderem zu Finanzierung und Anpassung an den Klimawandel.

29.03 – 08.04.2009

UN-Arbeitskonferenz in Bonn.

02.04.2009

G20-Gipfel unter britischem Vorsitz in London.

14. – 15.04.2009

Beim informellen Treffen diskutierten die Umweltminister eine Strategie für die Anpassung der EU an den Klimawandel.

01. – 12.06.2009

UN-Arbeitskonferenz in Bonn.

08. – 10.07.2009

G8-Gipfel unter italienischem Vorsitz auf der Insel La Maddalena.

18. – 19.06.2009

Herbstgipfel der Staats- und Regierungschefs.

NÄCHSTE SCHRITTE

07. – 18.12.2009

UN-Klimagipfel in Kopenhagen.

ZENTRALE STREITFRAGEN

Höhe der Minderungsziele

Wie stark muss jedes Land seine Treibhausgase senken? Der IPCC empfiehlt, dass Industrieländer ihre Emissionen von 1990 bis 2020 um 25 bis 40 % reduzieren und Entwicklungsländer ihr Emissionswachstum um 15 bis 30 % drosseln. Die EU-Kommission schlägt vor, dass sich Industrieländer als Gruppe zu einer durchschnittlichen CO₂-Reduktion von 30 % verpflichten. Unilateral hat sich die EU bereits einer Senkung von 20 % verschrieben. Den Anteil der einzelnen Länder an den Minderungszielen will die Kommission anhand des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf, der Treibhausgase pro BIP und Kopf sowie der Bevölkerungs- und Emissionstrends zwischen 1990 und 2005 berechnen. Die Kriterien sind unter den Mitgliedstaaten umstritten.

Finanzhilfen für Entwicklungsländer

Wie hoch ist die finanzielle Unterstützung für Entwicklungsländer beim Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel? Laut EU-Kommission müssen bis 2020 global rund 175 Mrd. € pro Jahr zusätzlich investiert werden, davon die Hälfte in Entwicklungsländern. Als historische Verursacher haben die Industrieländer zugesagt, die Entwicklungsländer bei ihrem Einstieg in eine CO₂-arme Wirtschaft unterstützen. In ihrem Vorentwurf veranschlagte die EU-Kommission dafür 30 Mrd. € aus EU-Mitteln, die in der Endfassung jedoch gestrichen wurden. Bis auf Dänemark und die Niederlande wollen die Mitgliedstaaten bislang keine konkreten Zahlen nennen.

Generierung und Verwaltung der Finanzmittel

Wie werden diese Finanzströme generiert? Die Kommission schlägt zwei Alternativen zur Finanzierung vor. Zum einen könnten Industriestaaten jährlich Beiträge leisten, die sich an ihrer Emissionsmenge und ihren Zahlungsmöglichkeiten orientieren. Die genaue Ausgestaltung des Beitragsschlüssels wird voraussichtlich hart verhandelt werden müssen. Zum anderen könnten die Industrieländer einen Teil ihrer Emissionsrechte auf dem Emissionshandelsmarkt ersteigern. Je höher die Emissionen eines Staates sind, desto mehr müsste er zur Finanzierung beitragen. Laut Kommission kann mindestens ein Drittel der Investitionen durch den globalen Emissionshandel erbracht werden. Allerdings würden die Einnahmen zusammen mit dem Marktpreis stark schwanken.

POSITIONEN DER BETEILIGTEN INSTITUTIONEN

	EU-Kommission	EU-Umweltminister	EU-Staats- und Regierungschefs	Bundesregierung
Minderungsziele Industrieländer bis 2020	30 % gegenüber 1990	25 – 40 % gegenüber 1990	Unter zwei Grad bleiben	25 – 40 % gegenüber 1990
Minderungsziele Entwicklungsländer bis 2020	Emissionswachstum um 15 – 30 % drosseln	Emissionswachstum um 15 – 30 % drosseln	Unter zwei Grad bleiben	Emissionswachstum um 15 – 30 % drosseln
Finanzhilfen für Entwicklungsländer	Im Vorentwurf 30 Mrd. € europäische Mittel. In der Endfassung keine Position.	Keine Einigung. EU sei aber bereit, ihren fairen Anteil zu tragen.	Einigung noch vor dem Klimagipfel. EU sei bereit, ihren fairen Anteil zu tragen.	Finanzielle Unterstützung in nennenswertem Umfang. Kommission soll im Juni Vorschlag vorlegen.
Finanzierungsmechanismus	a. Länder zahlen nach bestimmtem Beitragschlüssel b. Länder ersteigern einen Teil ihrer Emissionsrechte	Keine Einigung	Verschiedene Konzepte sollen beraten werden, darunter auch die Vorschläge der Kommission.	a. Länder zahlen nach bestimmtem Beitragschlüssel b. Länder ersteigern einen Teil ihrer Emissionsrechte

POSITIONEN VON UMWELTVERBÄNDEN

Ambitionierte Minderungsziele

Neue wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass die CO₂-Emissionen noch stärker zurückgehen müssen als bislang angenommen. Um die Erwärmung auf ein vertretbares Maß unterhalb von 2 °C zu begrenzen, müssen die Emissionen noch vor 2020 ihren Höhepunkt erreichen und dann bis 2050 um mehr als 80 % sinken. Wichtig ist, dass die EU einen großen Teil ihrer Treibhausgasreduktionen selbst erbringt und nicht über Projekte im Ausland ausgleicht. **Die EU muss ihre heimischen Emissionen um mindestens 30 % senken und ihre Nettoemissionen bis 2050 auf Null zurückfahren. Darüber hinaus sollte sie Entwicklungsländer bei der Reduktion ihrer CO₂-Emissionen in einer Höhe von 10 – 15 % unterstützen. Die Entwicklungsländer sollten ihr Emissionswachstum um mehr als 30 % drosseln.**

Ausreichende Finanzierung für Entwicklungsländer

Nur wenn die Industrieländer die nötigen Investitionen für Klimaschutz - zu Hause und in Entwicklungsländern - bereitstellen, wird es ein starkes Klimakommen geben. Historisch sind die Industrieländer für etwa 80 % der Treibhausgase in der Atmosphäre verantwortlich. Sie haben deshalb zugesagt, Entwicklungsländer finanziell und technisch zu unterstützen, sich an den Klimawandel anzupassen und eigene Emissionen zu senken. **Europa sollte mindestens 35 Mrd. € für die Entwicklungsländer zur Verfügung stellen, und zwar zusätzlich zur Entwicklungshilfe.** Dies entspricht etwa einem Prozent der Mittel, mit denen die EU und die USA 2008 die Banken stützten. Die Finanzkrise darf nicht als Ausrede benutzt werden, um von den Verpflichtungen abzurücken, da die Kosten einer ungebremsten Klimakrise ungleich höher wären. Laut Chefökonom Nicholas Stern bedeutet Nichthandeln jährlich einen Verlust von 5 bis 20 % des globalen Bruttosozialproduktes. Ein ambitioniertes Klimaabkommen hingegen kann die Wirtschaft ankurbeln, grüne Jobs schaffen und die Energiesicherheit vergrößern.

Verwaltung und Kontrolle der Finanzmittel

Die Finanzierung muss nachhaltig, berechenbar und zusätzlich sein. Der Beitrag der einzelnen Staaten sollte sich an ihrem historischen Anteil an den CO₂-Emissionen und ihrer Zahlungsfähigkeit orientieren. Die Gelder sollten nicht bi- oder multilateral vergeben werden, sondern unter der Kontrolle der internationalen Staatengemeinschaft stehen.

WEITERE INFORMATIONEN

Thematische Einführung

CEP (2009): [EU-Mitteilung Klimaschutzübereinkommen](#).
 EEA (2008): [Greenhouse gas emission trends and projections in Europe 2008](#).
 EU-Kommission (2009): [Towards a comprehensive climate change agreement. Extensive background information](#).
 Germanwatch (2009): [Ergebnisse des UN-Klimagipfels in Polen](#).
 Institute for Environmental Studies (2000): [A Survival Guide for Climate Negotiators](#).

Kosten und Finanzierung von Klimaschutz und Anpassung

Germanwatch, Brot für die Welt (2008): [Making the Adaptation Fund Work for the Most Vulnerable People](#).
 Germanwatch, WWF (2008): [Climate Change Adaptation in Poznan: Moving forward on Short and Longterm Action?](#)
 Germanwatch (2009): [Quellen internationaler Klimafinanzierung](#).
 McKinsey (2009): [Pathways to a low-carbon economy](#).
 NRDC (2008): [What we'll pay if Global Warming continues](#).
 European Commission (2009): [Economic Assessment of Post-2012 Global Climate Policies](#).

EU-Position für ein Klimaabkommen

EU-Kommission (2009): [Questions and Answers on the Communication Towards a Comprehensive Climate Change Agreement](#).
 EU-Kommission et al. (2009): [Economic Assessment of Post-2012 Global Climate Policies](#).
 Greenpeace (2009): [Supporting the battle against climate change](#).
 PIK (2008): [A Global Contract on Climate Change](#).
 Umweltbundesamt (2007): [Langfristige Perspektiven von Clean Development Mechanism und Joint Implementation](#).
 Umweltbundesamt (2008): [Contributions of emerging economies to the climate regime under the UNFCCC post 2012](#).
 WWF (2009): [Die EU auf dem Weg nach Kopenhagen. WWF-Bewertung der Position der EU-Kommission](#).

Erstellt von:



Deutscher Naturschutzring
 EU-Koordination
 Stefanie Langkamp
 Tel.: +49 (0)30 678177570
eu-info@dnr.de
www.eu-koordination.de